

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 44. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 25.9.2013

Mitsprache

S. 3

Die Landesverfassung ist gut, so die einhellige Meinung aller Fraktionen. Aber sie soll dennoch auf mehr Transparenz und Mitsprache hin überprüft werden. Der Landtag setzte eine Kommission ein.

Engagement

S. 5, 18

Kommunen: die bürgernächste Ebene unserer Demokratie. Daher sind die Förderung des kommunalen Ehrenamtes wie auch gesicherte Finanzen Themen für den Landtag.

Ausbau

S. 8-11, 13

Die Frage, wie, wo und nach welchen Kriterien Kinder betreut werden, ist eine der zentralen Fragen jeder Gesellschaft. Der Landtag NRW stellt sich im Plenum und in seinen Ausschüssen diesem Thema.

Betreuung

S. 15

Nicht wenige Menschen brauchen Hilfe, Unterstützung, Fürsorge. Nötig sind Angebote von der Wohnung bis zu angepassten Dienstleistungen. Eine Anhörung über eine demografiefeste Infrastruktur.



Glückliche Kindertage

Eine Aufgabe für Familie, Gesellschaft und Politik



Kein Kinderspiel

Kinder – die natürlichste „Sache“ der Welt. Sie in guten Händen zu wissen, ist für Eltern nicht verhandelbar. Aber was bedeutet das? Vorerst bei Mama und Papa? In Kürze bei der Kinderfrau zu Hause? Oder bei der befreundeten Tagesmutter? In der Kita mit dem guten Ruf?

Diese Fragen müssen Eltern beantworten. Keine einfachen Entscheidungen, denn Rahmenbedingungen haben sich geändert und viele Aspekte fließen in die Überlegungen mit ein. Kinderbetreuung ist nicht mehr nur Frauensache. Das Arbeitsleben ist nicht mit der Geburt des Kindes vorbei, sondern soll oft nur pausieren. Die Wirtschaft braucht die Arbeitskräfte. Viele Mütter möchten beruflich nicht abgehängt werden, wollen sich in die Arbeitswelt einbringen, den Job nicht verlieren. Viele Familien brauchen zwei Gehälter, um über die Runden zu kommen. Alleinerziehende sind umso mehr darauf angewiesen, Geld zu verdienen. Sie benötigen Kitas, die sich verstärkt an den Arbeitszeiten orientieren.

WAHLFREIHEIT

Kein Wunder, dass das Projekt „Kinderbetreuung“ ein weites, überaus komplexes gesellschaftliches Feld, für Eltern eine Herausforderung und für Land, Bund und Kommunen ein politischer Kraftakt geworden ist.

Was für Kind und Eltern am besten ist, kann die Politik den Familien nicht vorschreiben. Sie kann nur dafür sorgen, dass Eltern eine gute Grundlage haben, um sich individuell zu entscheiden. Das Stichwort lautet Wahlfreiheit. Und das bedeutet: Entschließen sich die Eltern, ihr Kind in einer Kindertagesstätte betreuen zu lassen, muss es möglich sein, einen Platz zu bekommen. Gibt es den nicht, haben Eltern auch keine Wahl.

Seit August dieses Jahres haben Eltern gegenüber ihren Kommunen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren. Ob es genug Betreuungsplätze gibt, um diesem Rechtsanspruch nachzukommen, darüber streiten die Fraktionen. Auch über die weitere Finanzierung der Kleinkindbetreuung wird gerungen. Und natürlich gibt es Diskussionen über die Qualität der Betreuung. Denn wie auch immer eine Entscheidung zur Fremdbetreuung zustande kommt, eines ist allen Eltern gemeinsam: Sie wollen nicht, dass ihr Kind irgendwie und irgendwo nur beaufsichtigt wird. Sie wollen den für ihr Kind am besten passenden Betreuungsplatz. Und den am besten wohnungsnah.

Jeder Betreuungsplatz ist aber Ergebnis großer Anstrengungen seitens der Politik, der Kommunen, der Erzieherinnen und Erzieher. Welche Vorarbeit dahintersteckt und welche Diskussionen im Streit um die beste Lösung dem vorausgehen, lesen Sie auf den Seiten 7 bis 11. SOW



Schwerpunkt: Kinderbetreuung

Rechnerisch geschafft	8
Forderungen an die Familienpolitik	9
Schlag auf Schlag	10-11
Kitaangebote außerhalb des Wohnorts	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Verfassung: Bewährt, aber doch entwicklungsfähig	3
Schule: Neben Mathe und Bio: Ökonomie	4
Stadtrat: Mit Arbeit und Ärger verbunden	5
Justiz: Papa hinter Gittern	6
Fußball: Wi(e)der die Chaoten	7

Aus den Ausschüssen

Meldungen	14
Soziales: Auf der Suche nach der modernen Pflege	15
Kommunales: Umstrittener Maßstab	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Portrait: Lutz Lienenkämper (CDU)	19
Impressum	19
Termine	20



Bewährt, aber doch entwicklungsfähig

Wahlalter, Bürgerbeteiligung, Transparenz: Verfassungskommission soll Anforderungen prüfen

11. Juli 2013 – Einstimmiger Antrag, einstimmiges Ergebnis: Der Landtag Nordrhein-Westfalen setzte eine Verfassungskommission ein. Sie soll die seit 63 Jahren existierende Verfassung an bestimmten Stellen auf ihre Aktualität hin überprüfen. Dies betrifft auch eine erweiterte Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Dass die Verfassung vom Grundsatz her gut und erhaltenswürdig sei, darüber waren sich die Redner aller Fraktionen einig. Dennoch sei es vor dem Hintergrund sich wandelnder Gesellschaft und Kommunikationsmöglichkeiten notwendig, zum Beispiel über Transparenz und Mitwirkung neu nachzudenken.

Die Kommission sei „die gemeinsame Plattform dafür, sich diese Verfassung in einem bestimmten Teil anzuschauen und Schlüsse zu ziehen, wo wir sie besser machen können“, so beschrieb **Marc Herter** (SPD) den Auftrag des Gremiums. Der Schwerpunkt seiner Arbeit solle auf dem dritten Teil der Verfassung, dem Staatsorganisationsrecht, liegen. Konkret gehe es für ihn dabei um das Wahlrecht ab 16 Jahren, bestehende Hürden für die direkte Demokratie, die Stellung des Parlaments gegenüber der Landesregierung sowie die Ausgestaltung der geplanten Schuldenbremse.

„Es ist gut, dass wir uns darauf verständigt haben, das ergebnisoffen zu machen“, ging **Lutz Lienenkämper** (CDU) auf die Aufgabenbeschreibung seines Vorredners ein. Die Zusammensetzung der Kommission gewährleiste gemein-

same Arbeit und hochwertige Beratung auf der Grundlage der Mehrheitsverhältnisse dieses Landtags. Es sei mithilfe eines Expertenrats und im Diskurs zu vereinbaren, ob und in welchen Bereichen die Landesverfassung weiterentwickelt werden müsse. Die Verfassung werde auch nach diesem Prozess noch wiederzuerkennen sein – sie sei nämlich gut.

Die Verfassung habe mit dazu beigetragen, dass sich so etwas wie eine nordrhein-westfälische Identität habe entwickeln können, meinte **Stefan Engstfeld** (GRÜNE). Dieses Identitätsstiftende dürfe nicht schleichend an Wirkung verlieren. Daher sei es notwendig, sich mit der politischen, demokratischen Kultur in NRW zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund des digitalen Wandels, der Online-Portale und sozialen Netzwerke werde der Ruf nach Transparenz bei politischen Entscheidungen lauter. Am Ende könnte

dann ein Bürgerreferendum über die Änderungen stehen.

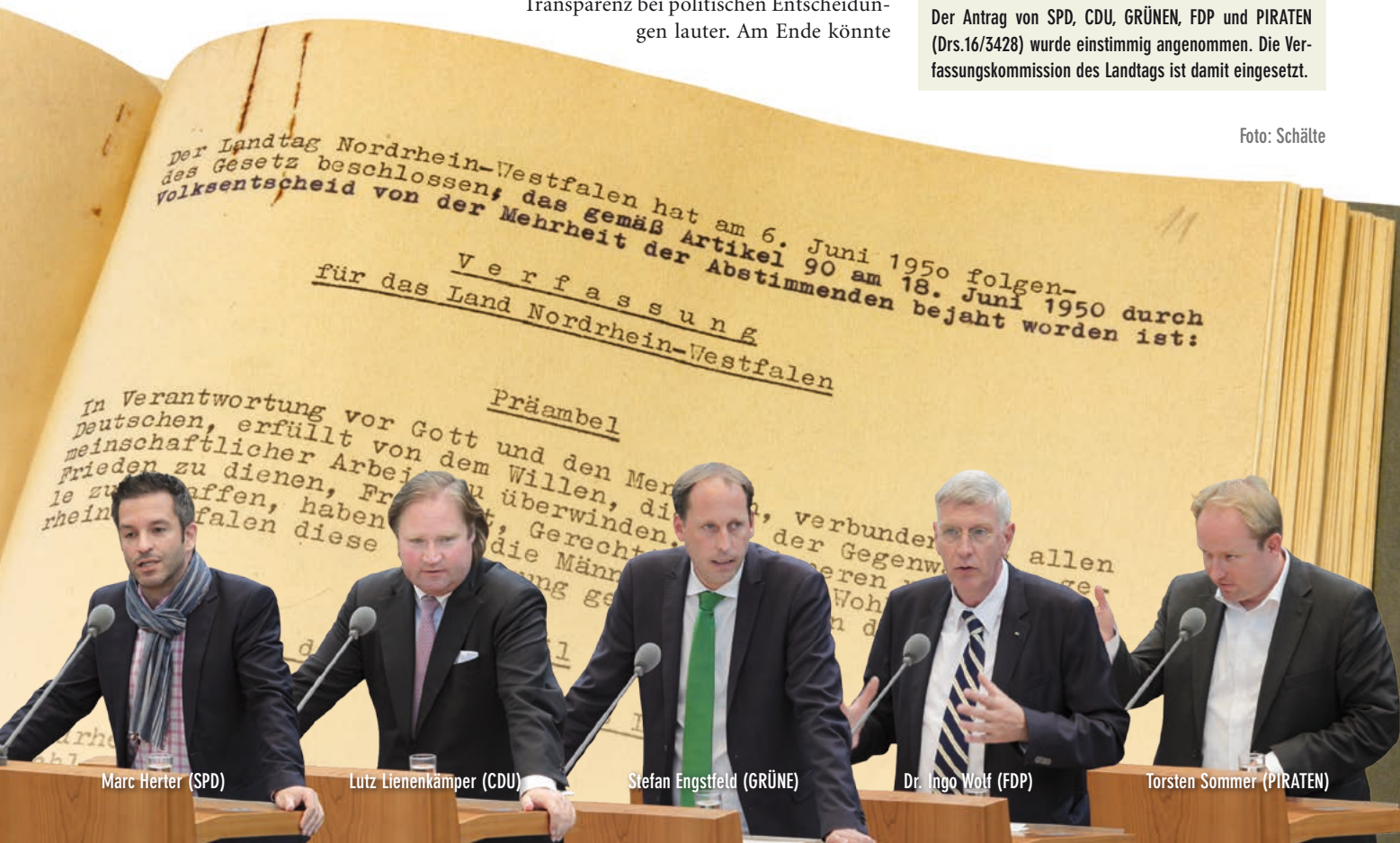
Die Kontinuität der Verfassung lobte **Dr. Ingo Wolf** (FDP): „Man soll nicht bei jedem schärferen Wind die Verfassung ändern. Andernfalls besteht die Gefahr, dass tagespolitischer Aktionismus und Verschlimmbesserungen der Verfassung entstehen.“ Als Europapolitiker freue es ihn ganz besonders, dass auch das Verhältnis des Landtags zu den Angelegenheiten der EU neu beleuchtet werden solle. Immerhin habe bei der Entstehung der Verfassung der europäische Gedanke noch ganz am Anfang gestanden. Wolf sprach sich auch für eine Stärkung der Parlamentsrechte aus.

Ein grundlegender Leitfaden für unsere Gesellschaft dürfe nicht häufig geändert und damit beliebig werden, betonte **Torsten Sommer** (PIRATEN). Andererseits müsse eine haltgebende Schrift auch Veränderungen ertragen. Sommer bedauerte, dass Fragen des Verbraucherschutzes und der informationellen Selbstbestimmung bislang nicht in den Aufgabenkatalog der Kommission aufgenommen worden seien. Dies wäre ein Zeichen an die Menschen gewesen, dass man nicht nur die vergangenen und jetzigen Sorgen verstehe, sondern auch versuche, die zukünftigen vorwegzunehmen. CW

Eingesetzt

Der Antrag von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN (Drs.16/3428) wurde einstimmig angenommen. Die Verfassungskommission des Landtags ist damit eingesetzt.

Foto: Schälte



Marc Herter (SPD)

Lutz Lienenkämper (CDU)

Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Torsten Sommer (PIRATEN)



Neben Mathe und Bio: Ökonomie

Über die Vor- und Nachteile von Wirtschaft als Realschulfach



Foto: Schälte

10. Juli 2013 – „Non scholae, sed vitae discimus“: Schon die alten Lateiner wussten, dass wir nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen. Diesen Grundsatz verfolgt die FDP-Fraktion mit ihrer Initiative, Wirtschaft als reguläres Lehrfach in Realschulen auf den Stundenplan zu schreiben (Drs. 16/3448), und zwar ab dem Schuljahr 2014/2015 von der siebten Klasse an. Entsprechendes soll auch für den Realschulbildungsgang an Sekundarschulen gelten. Ein erfolgreicher Modellversuch gebe dafür Rückenwind. Erzielt das Schulfach Wirtschaft die erwünschte Wirkung? CDU und PIRATEN sagen ja, SPD und GRÜNE haben Zweifel.

„Wirtschaftliches Verständnis ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben“, begründete Yvonne Gebauer (FDP) den Antrag. Zu diesem Verständnis gehörten Verbraucherbildung wie etwa zur Kontoführung oder zu Vertragsabschlüssen ebenso wie ein systematisches Verständnis von Wirtschaft. Den erfolgreich laufenden Modellversuch eines Schulfachs Wirtschaft lobten Lehrer- wie Schülerschaft und Eltern gleichermaßen. Wenn man daran nahtlos anknüpfen wolle, gelte es, jetzt zu handeln. Der Modellversuch laufe im nächsten Jahr aus, und notwendige Vorbereitungen für ein reguläres Schulfach bräuchten Zeit.

„Wir brauchen keine kleinen Volkswirte oder Betriebswirte, wir brauchen junge Menschen, die Wirtschafts- und Finanzkompetenzen erlernen und in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext einordnen können“, entgegnete Ina Spanier-Oppermann (SPD). Die Finanzkrise habe gezeigt, dass Wirtschaft nicht von Politik, Geschichte, Recht oder Sozialwissenschaften abgekoppelt werden könne. Am Ende des Modellversuchs müsse deshalb entschieden werden, ob es ein Pflicht-, ein Wahlpflicht- oder ein integriertes Fach werden solle. Den Modellversuch abzubrechen und ohne Evaluation Entscheidungen zu treffen, sei keine Alternative.

Petra Vogt (CDU) unterstützte den Antrag. Schon Jugendliche bräuchten ein Verständnis

für Grundregeln des Wirtschaftens, was ganze Schülergenerationen mit Handyschulden zeigten. Selbst Berufsanfängern, die nach der Realschule Kaufleute werden wollten, fehle es an grundlegenden Kenntnissen. Sie seien dann nach wenigen Monaten ernüchtert, dass sie ihr Leben mit Rechnungswesen, Volks- und Betriebswirtschaftslehre gestalten sollten. Die Realschule mit ihrem besonderen Profil der Berufsvorbereitung könne jungen Menschen helfen, ihre Interessen zu finden, und so spätere Enttäuschungen vermeiden helfen.

Sigrid Beer (GRÜNE) kritisierte, dass im Modellversuch das Fach Wirtschaft zulasten der Unterrichtszeit für politische Bildung gehe. Sie wandte sich außerdem gegen eine Ausrichtung rein auf Rationalität und Effizienz. Vielmehr gehe es darum, ökonomische Bildung in einen gesellschaftlichen Diskurs einzubetten. Überhaupt sei die Frage: Warum Wirtschaft und nicht etwa Gesundheit oder Verbraucherbildung als Fach? In Kürze erfolge eine Expertenanhörung zum Themenkomplex Gesundheit, Verbraucherbildung und Nachhaltigkeit als Schulfach. „Packen Sie Ihren Antrag doch mit dazu“, schlug Beer der FDP-Fraktion vor.

Von ihren Erfahrungen als Lehrerin an einem Berufskolleg berichtete Birgit Rydlewski (PIRATEN). Schülerinnen und Schüler bräuchten oft erschreckend wenige Grundkenntnisse über

wirtschaftliche Zusammenhänge mit. „Wie soll ein junger Mensch, der schon im privaten Umfeld Probleme mit dem Bereich Wirtschaft hat, als Bürger ein solch komplexes System wie unser Wirtschaftssystem verstehen oder gar kritisch hinterfragen können?“, wollte sie wissen. Die Abgeordnete unterstützte den Antrag, auch weil es derzeit an Kernlehrplänen fehle. Nur Lobbyverbände lieferten eine Flut von inhaltlich fragwürdigen Materialien.

„Für nachhaltige Bildung ist es wichtig, ökonomische Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken, und zwar unabhängig von der Schulform. Hierzu gehören sowohl ökonomische Kenntnisse im engeren Sinne, aber auch soziale und ökologische Fragen“, erklärte Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE). Allerdings umfasse bereits heute der Politikunterricht „Grundlagen des Wirtschaftens und des Wirtschaftsgeschehens“ mit Inhalten wie der sozialen Marktwirtschaft, Verschuldung, Verträgen und Verbraucherbildung. Die bisherigen Rückmeldungen zum Modellversuch bildeten noch keine verlässliche Grundlage für eine Entscheidung. *sov*

Fachberatung

Das Plenum hat den Antrag (Drs. 16/3448) zur federführenden Fachberatung in den Schulausschuss überwiesen. Mitberaten soll der Wirtschaftsausschuss.



Mit Arbeit und Ärger verbunden

Landtag sorgt sich um ausreichend Kandidaten für kommunalpolitische Ehrenämter

11. Juli 2013 – Auch auf kommunaler Ebene soll in den Räten ein ausgewogenes Abbild der Gesellschaft sichergestellt werden. Auf Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP diskutierte der Landtag über eine geplante Ehrenamtskommission aus Mitgliedern des Landtags, Sachverständigen, kommunalpolitischen Vereinigungen und Spitzenverbänden. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie Menschen motiviert werden können, diese ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen. Die CDU legte einen separaten Entschließungsantrag vor.

Das kommunale Mandat bringe für Menschen, die politisch Verantwortung übernehmen und sich so neben Beruf und Familie ehrenamtlich einsetzen, zunehmend große Herausforderungen mit sich, betonte **Lisa Steinmann** (SPD). Sie beklagte, es werde für Parteien immer schwieriger, Menschen für diese Arbeit zu gewinnen. Daher forderte Steinmann, die berufliche Freistellung kommunaler Mandatsträgerinnen und -träger stärker an die flexibler gewordenen Arbeitszeiten anzupassen. Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder müssten ebenfalls steuerlich anders behandelt werden. Ebenso sei Nachzudenken über eine mögliche Teilprofessionalisierung der Rats- und Kreistagsarbeit.

Mario Krüger (GRÜNE) wandte sich gegen den Entschließungsantrag der CDU. Es sei Aufgabe des Landtags, nicht der Landesregierung, die geplante Kommission ins Leben zu rufen. Außerdem wandte er sich dagegen, die Stellung der Hauptverwaltungsbeamten aufzuwerten. Außerdem seien per Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. März 2011 die Nebenverdienste von Bürgermeistern und Landräten neu geregelt worden. Wie seine Vorrednerin lehnte der Grünen-Sprecher den Vorschlag ab, in der Ehrenamtskommission über die Einführung einer Sperrklausel zu beraten. Dies hätte, wenn überhaupt, bei der Einsetzung der Landesverfassungskommission Thema sein können.

Es sei schwer, engagierte Bürgerinnen und Bürger zu finden, die bereit seien, ihre Freizeit zu

opfern, sich einzubringen und angesichts der knappen kommunalen Finanzen unangenehme Entscheidungen zu treffen sowie für diese in den Räten und Ausschüssen vor Ort geradestehen, meinte gleichfalls **Kai Abrusatz** (FDP). Deshalb sei es richtig, dass sich der Landtag mit der Zukunft des kommunalen Ehrenamts befasse. Die Arbeit der entsprechenden Kommission solle allerdings nicht durch die Befassung mit hauptamtlichen Belangen verwässert werden, wandte sich auch der FDP-Sprecher gegen den CDU-Antrag. Das kommunale Ehrenamt müsse die klare Linie der Beratung sein.

Die CDU trage den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts im Grundsatz mit, erklärte **André Kuper** (CDU). Allerdings wandte er sich dagegen, nur isoliert das kommunale Ehrenamt zu betrachten: „Wir müssen daneben auch die Verwaltung und die hauptamtliche Schiene sehen“, plädierte er für eine „ganzheitliche Betrachtung“ des Themenfeldes. Er stimme zu, dass Kommunalpolitik in der Regel Ehrenamt bedeute, und das heiße für die Betroffenen jede Menge Arbeit und jede Menge Ärger. Kuper plädierte daher für mehr Unterstützung der Ehrenamtlichen sowie für Mindeststandards bei der Ausstattung der kommunalen Ratsfraktionen.

„Gerade die Einsetzung einer Ehrenamtskommission und die Umsetzung ihrer Ergebnisse werden einen Gewinn für die Stärkung des kommunalen Mandats zur Folge haben“, un-

terstützte auch **Frank Herrmann** seitens der Piratenfraktion den Antrag. Die geplante Kommission sei wichtig, um herauszufinden, was nötig sei, um das kommunale Ehrenamt zu fördern und die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich weiter zu verbessern. Bezugnehmend auf Steinmann sprach sich auch Herrmann dafür aus, in einer solchen Kommission die spezifischen Probleme, die sich aus einem Mix an Gleitzeit, Kernarbeitszeit, Freiberuflern und neuen Arbeitsformen ergäben, vertieft zu untersuchen.

Es gehe um Respekt gegenüber den Menschen, die freiwillig im Ehrenamt unter Verzicht auf Karriere, Familienleben und Freizeit in der Kommune arbeiteten, unterstrich **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Teils feilschten, stritten und diskutierten sie manchmal bis in die Nacht hinein um jeden Euro in den kommunalen Haushalten. Deshalb sei er den Fraktionen dankbar, dass sie diesen Antrag auf den Weg gebracht hätten. Dadurch komme auch der Respekt gegenüber den vielen ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zum Ausdruck. Das Ministerium werde, wo gewünscht, die vorgesehene Kommission eng begleiten und unterstützen.

CW

Weitere Beratung

Der Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP (Drs. 16/3426) wurde ebenso wie der Entschließungsantrag der CDU (Drs. 16/3546) an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.



Foto: Schälte



Papa hinter Gittern

Mehr Kontaktmöglichkeiten für Kinder inhaftierter Eltern

10. Juli 2013 – Wenn Mutter oder Vater ins Gefängnis müssen, leiden die Kinder erheblich, schreibt die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 16/3453). Zwar gelinge es in einzelnen nordrhein-westfälischen Haftanstalten, ihnen einen guten, kindgerechten Kontakt zu den Eltern zu ermöglichen und auch, pädagogisch begleitet, die schwierige Situation zu verarbeiten. Jedoch hänge dies bisher vom Engagement des Personals in den Haftanstalten ab. Die Fraktion fordert deshalb, die Rechte der Kinder müssten in ganz NRW gleichmäßig gewährleistet werden.

Die Kinder würden oft zu mitbestraften Dritten, beklagte Dirk Wedel (FDP). Sie müssten nicht nur mit dem Trennungsschmerz leben, sondern seien auch in Gefahr, ausgegrenzt zu werden und soziale Bindungen zu verlieren. Nur rund ein Viertel der 37 Justizvollzugsanstalten in NRW verfügten über spezielle Projekte oder besondere Besuchskontingente für die Kinder. Ein landesweit vergleichbares Niveau von Angeboten würde nicht nur den Kindern nutzen, die dann soziale und seelische Stabilität zurückgewinnen könnten, sondern auch den inhaftierten Elternteilen: im Sinne einer erfolgreichen Resozialisierung und Perspektive für die Zeit nach der Haft, argumentierte Wedel.

„Wir wollen den Strafvollzug in Gänge neu ordnen. Wir wollen nicht Stückwerk schaffen“, bezog sich Sarah Philipp (SPD) auf eine von der Landesregierung geplante Neuordnung des Strafvollzugs. Effekthascherei helfe den betroffenen Kindern nicht. Sie würden gewissermaßen auch zu Opfern von Kriminalität; ihrer müsse man sich in besonderem Maße annehmen. Aber es gebe in NRW bereits eine Vielzahl von erfolgreichen Projekten wie überwachungsfreie Langzeitbesuche in besonderen Räumlichkeiten. Dies sei am Bedarf der konkreten Justizvollzugsanstalt ausgerichtet. „Das

kann man vor Ort am besten entscheiden – und nicht in Düsseldorf“, so Philipp.

„Das Wohl minderjähriger Kinder liegt eindeutig im toten Winkel der Aufmerksamkeit, auch vonseiten der Politik“, fand Kirstin Korte (CDU). Sofern der Kontakt zu den Eltern dem Kindeswohl diene, müssten auch Kinder inhaftierter Elternteile zu ihrem Recht kommen. Der Ruf der FDP nach vergleichbarem Niveau der landesweiten Angebotsstruktur mache Sinn. Die Abgeordnete regte an, darüber nachzudenken, wie sich die monatliche Mindestbesuchsdauer um ein Kontingent für Besuche minderjähriger Kinder erweitern lasse. Zudem sollte der Ort der Haft möglichst nah am Wohnort des Kindes liegen, ergänzte sie. Auch passende Besuchsräume seien wichtig.

Dagmar Hanses (GRÜNE) hob die Bedürfnisse der Kinder und auch der Eltern heraus: „Kinder haben ein Recht auf Umgang mit ihren Eltern, sie möchten sich auf sie verlassen können und stolz auf ihre Eltern sein. Eltern möchten ein Vorbild sein, ihre Kinder auf dem Weg zur Selbstständigkeit begleiten und für ihre Kinder da sein.“ All dies sei unter den Bedingungen von Strafvollzug und Inhaftierung eine Herausforderung, aber NRW sei auf einem guten

Weg, damit dies zunehmend besser gelingen könne – auch dank der engagierten, motivierten Beschäftigten. Im Vergleich mit anderen Bundesländern fungiere Nordrhein-Westfalen als Modell und Vorbild.

Dietmar Schulz (PIRATEN) unterstützte das von der FDP-Fraktion im Antrag formulierte Anliegen. Der kindgerechte Umgang sowohl mit dem Vater als auch mit der Mutter bilde für die persönliche und damit gesellschaftliche Grundausrichtung der Kinder eine elementare Basis. Das sei auch in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen niedergeschrieben. „NRW tut gut daran, alles erdenklich Richtige und Wichtige unter gleichzeitiger Beachtung des Strafanspruchs des Staates zu tun“, unterstrich der Abgeordnete und kündigte an, seine Fraktion wolle in den kommenden Ausschussberatungen ihre Vorstellungen konkretisieren.

Es gebe viele Angebote zur Unterstützung der Kinder und Familien in verschiedenen Haftanstalten – damit begründete Justizminister Thomas Kutschaty (SPD), dass es nicht das individuelle Engagement Einzelner, sondern eine bewusste Richtungsentscheidung der Landesregierung sei, die in den 37 Justizvollzugsanstalten mit Leben gefüllt werde. Die Grundlagen dafür seien im Jugendstrafvollzugsgesetz und im Gesetz zum Vollzug der Sicherungsverwahrung festgeschrieben. Zudem wolle man dies im anstehenden Strafvollzugsgesetz ausgestalten und die bestehende Grundstruktur ausbauen. Kutschaty freute sich über das Angebot der FDP, daran aktiv mitzuwirken. SOW

Weitere Beratung

Das Plenum hat den Antrag (Drs. 16/3453) zur Fachberatung an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Zu seinem Antrittsbesuch ...

... kam der neue US-Botschafter in Deutschland, John B. Emerson (2.v.l.), in den Landtag Nordrhein-Westfalen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie der Vorsitzende der Parlamentariergruppe NRW-USA, Landtagsvizepräsident Daniel Düngel (1.v.r.), begrüßten Emerson, der sein Amt vor knapp einem Monat in Deutschland angetreten hat. Es war damit zugleich Emersons erster Besuch im bevölkerungsreichsten Bundesland. Im Beisein von US-Generalkonsul Stephen A. Hubler (2.v.r.) trug sich der Botschafter in das Gästebuch des Landtags ein.





Fußball: Wi(e)der die Chaoten

Fraktionen einig über Bedeutung von Fanprojekten

10. Juli 2013 – Die Bedeutung von Fanprojekten im Fußball als Vorbeugung gegen Randalere und Gewalt ist parteiübergreifend unumstritten. Gleiches gilt für die Tatsache, dass sie ausreichend finanzielle Mittel benötigen. Diese sollen auch weiterhin vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball Liga (DFL), dem Land und den Kommunen kommen. So stellten die Redner in der Debatte viele Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede zwischen einem Antrag der PIRATEN und einem Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN zum Thema fest.

Die Bedeutung von Fanprojekten im Fußball hob für die PIRATEN Daniel Düngel hervor. Bislang zahlten DFB und DFL ein Drittel der Gelder, Land und Kommunen die beiden anderen Drittel. Zukünftig werde es so sein, dass DFB/DFL die Hälfte zahlten, während Land und Kommunen dementsprechend die andere Hälfte aufbrächten, so Düngel. Seine Fraktion beabsichtige deshalb mit ihrem Antrag, dass die Förderung durch die öffentliche Hand mindestens

Fußball sei quasi schon modernes Kulturgut, so Andrea Mitz (CDU). Deshalb sei es richtig, im Landtag über diese Problematik zu reden. Ohne die Millionen Fans in den Stadien wäre der Fußball nicht das, was er heute sei. Diese müsse man aber trennen von einer Minderheit von Chaoten, die durch Gewalt und Randalere immer wieder die Schlagzeilen füllten. Bei deren Bekämpfung könne nachhaltiger Erfolg nur eintreten, wenn die Vereine gemeinsam mit ihren

Fanprojekte seien ein sinnvolles Mittel der Prävention, wenn es um Gewaltvermeidung im Umfeld von Fußball gehe, meinte auch Marc Lürbke (FDP). Notwendig sei die richtige Mischung aus Prävention, Kommunikation und Sanktion. Man brauche den Dialog zwischen Fans, Vereinen, Verbänden, Polizei und Politik. Lürbke kritisierte die Aussagen der PIRATEN, es könne keinen gewaltfreien Fußball geben. Dies widerspreche der Hauptaufgabe der Fanprojekte, eine gewaltfreie Fankultur zu fördern. Allerdings sei es richtig, sich auch über die angemessene finanzielle Förderung durch das Land Gedanken zu machen.

Familienministerin Ute Schäfer (SPD) begrüßte, dass sowohl der Antrag der PIRATEN als auch der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN



beibehalten werde. Düngel verwies zudem darauf, dass die meisten Fanprojekte in Nordrhein-Westfalen heute nicht den geforderten Standard von drei Mitarbeiterstellen erfüllten.

Die Fanprojekte in NRW hätten statt einem Schnellschuss einen umfassenden Antrag verdient, der ihre verschiedenen Probleme aufgreife, erwiderte Markus Herbert Weske (SPD). Der PIRATEN-Antrag sei zum großen Teil eine „Kumulierung von pseudosozialwissenschaftlichem Unsinn“. Die dort befürchtete Senkung des Landeszuschusses habe niemand angekündigt, sie sei ausgeschlossen. Es gehe vielmehr darum, durch eine Erhöhung der Gesamtmittel die Personalsituation in den Fanprojekten zu verbessern. Wichtig sei, die Förderungszeiträume der öffentlichen Hand einerseits und von DFB/DFL andererseits zu synchronisieren.

Fans an Lösungsstrategien arbeiteten. Jugendliche Fußballfans müssten früh in ihrem Umfeld und in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden.

„Wir wollen die sozialpädagogische Fanarbeit stärken und damit einen Beitrag leisten, um auch die repressiven Maßnahmen zurückfahren zu können und die Chaoten, die Sie zu Recht genannt haben, aus den Stadien drängen zu können“, führte Josefine Paul (GRÜNE) aus. Fanprojekte hätten eine wichtige Funktion, denn sie seien sozialpädagogische, sozialräumliche und präventive Anlaufstelle für Jugendliche. Daher werde das Land auch weiterhin seine Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen, kündigte Paul an. Dies wolle man auch bei der teilweise kritischen Finanzlage der Kommunen sicherstellen.

die jugendpolitische und gesellschaftliche Dimension der Fanprojekte in den Vordergrund stellten. Nordrhein-Westfalen habe gemeinsam mit Bayern dafür gesorgt, noch mehr Geld von den Medieneinnahmen der DFL und des DFB für die Fanprojekte zu erhalten. Gleichzeitig habe das Land den Kinder- und Jugendförderplan aufgestockt. Die Mischfinanzierung von öffentlicher Hand einerseits und DFB/DFL andererseits stelle sicher, dass Fanprojekte in ihrer Arbeit unabhängig blieben.

cw

Weiterberatung

Der Antrag der PIRATEN (Drs. 16/3433) wurde ebenso wie der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/3514) federführend an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.



Rechnerisch geschafft

U3-Betreuung: Im Schnitt gibt es genügend Plätze. Aber wer trägt die Kosten?

11. Juli 2013 – SPD und GRÜNE sehen das Land beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (U3) auf einem guten Weg. In einem Antrag (Drs. 16/3425) fordern die Fraktionen aber, dass die Bundesregierung sich, wie es die Familienministerkonferenz beschlossen habe, längerfristig an den Kosten für den weiteren Ausbau beteiligen soll. Die Opposition sah das Land in der Pflicht, sich um die Finanzierung und Qualität der Betreuung zu kümmern.

„Allein in den vergangenen Jahren ist landesweit die Zahl der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen um 27.000 gestiegen“, freute sich **Gordan Dudas** (SPD). Mit nun insgesamt knapp 145.000 Plätzen könnten die Kommunen ab August für jedes dritte U3-Kind einen Betreuungsplatz anbieten. Trotzdem sei es nicht an der Zeit, sich zurückzulehnen, denn der Betreuungsbedarf werde steigen. Nur durch eine konsequente Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kitas könnten U3-Plätze entsprechend der tatsächlichen Nachfrage bereitgestellt werden. Überhaupt investiere Deutschland nur 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in frühkindliche Bildung. Hier sei mehr nötig.

NRW könne stolz sein auf die größte Leistung, die jemals ein Bundesland in fünf Jahren U3-Ausbau geschafft habe, meinte **Andrea Asch** (GRÜNE). Das sei vor allem ein Verdienst der rot-grünen Landesregierung. Asch dankte aber auch den Erzieherinnen und Erziehern, den Beteiligten in den Jugendämtern, im Ministerium und bei den Trägern wie auch tatkräftigen Eltern. Eine allerdings leiste keine Unterstützung: Bundesfamilienministerin Schröder. Für den weiteren Ausbau fehle ihre Zusage einer finanziellen Deckung. Stattdessen würden die Kommunen mit bürokratischen Hürden belastet. Die Jugendministerkonferenz habe sich einstimmig gegen „diesen Bürokratiewahn“ ausgesprochen.

Ursula Doppmeier (CDU) sah dagegen Unwahrheiten. Erstens habe der Bund 5,4 Milliarden Euro in den Kita-Ausbau investiert; ohne diesen Beitrag wäre der ganze Ausbau nicht zu schaffen gewesen. Der Bund stelle sein finanzielles Engagement auch nicht ein, sondern sichere es langfristig: Bis 2014 gebe er 3 Milliarden Euro, ab 2015 jährlich 845 Millionen Euro. Zweitens schmückten SPD und GRÜNE sich mit fremden Federn, denn der größte Teil der Landesmittel werde durch die Neuverteilung der Umsatzsteuer und somit durch den Bund getragen. Drittens hätten CDU und FDP bereits mit einem massiven Kita-Ausbau begonnen. Das Land müsse sich nun um die noch mangelnde Qualität der Betreuung kümmern.

Für **Marcel Hafke** (FDP) war der Antrag ein „armseiliger Versuch, von Ihren eigenen Versäumnissen abzulenken“. Er zeigte sich gelangweilt davon, dass Rot-Grün bei jedem Problem nach Berlin rufe. Die Lösung sei aber vor Ort zu suchen. Die frühkindliche Bildung sei ursächliche Aufgabe des Landes. Trotzdem habe der Bund sie in mehrerer Hinsicht mitfinanziert. „Sie haben Geld in den Haushalt eingestellt“, gestand Hafke zu. „Sie haben aber alles andere nicht gemacht, um die Ressourcen zu verbessern und die Kommunen zu unterstützen. Sie

haben kein vernünftiges Controlling eingeführt, um gerade Ballungsgebiete zu unterstützen.“ Im Ergebnis habe Rot-Grün das Qualitätsproblem nicht gelöst.

Eltern suchten in der Regel nicht irgendeinen Betreuungsplatz, sondern den für ihr Kind besten, meinte **Olaf Wegner** (PIRATEN). Die Knappheit der Betreuungsplätze bringe Eltern in die Zwangslage zu nehmen, was sie bekämen. Dadurch stünden sich Eltern und Kitas nicht auf Augenhöhe gegenüber, was aber doch wichtig sei in der angestrebten Erziehungspartnerschaft. Zudem litten auch die Kindergartenkinder ab drei Jahren. Ihnen gehe Bildungs- und Betreuungsqualität verloren, weil sich die Kitas in der Entscheidungsnot befänden, Gruppen zu vergrößern, um mehr Plätze zu schaffen. Kein Kind habe verloren gehen sollen, und doch seien schon viele Verluste zu beklagen.

Mehr Kinderbetreuung gleich mehr sozialversicherungspflichtig arbeitende Menschen und mehr Steuereinnahmen für den Bund, argumentierte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Da der Bund also vom Kita-Ausbau finanziell am meisten profitiere, müsse er sich auch angemessen und dauerhaft an den Betriebskosten beteiligen, statt diese auf eine Summe festzuschreiben. Die Ministerin unterstrich zudem die einstimmige Forderung der Familienministerkonferenz, dass den Kommunen mehr Zeit bleiben müsse, um die Bundesmittel aus dem Fiskalpakt für den Kita-Ausbau zu verwenden. Im Übrigen habe NRW den deutschlandweit zweitbesten Personalschlüssel bei den unter Dreijährigen. sow

Fachberatung

Das Plenum hat den Antrag (Drs. 16/3425) zur Detailberatung an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie überwiesen.



Foto: Schälte

Forderungen an die Familienpolitik

Krippenausbau die Zweite: Controlling, Qualität und „Krokodilstränen“

Foto: Schälte

12. Juli 2013 – Kurz bevor am 1. August der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren (U3) in Kraft trat, diskutierte das Parlament noch einmal über die Versorgung mit Betreuungsplätzen und über mögliche Mängel. Grundlage der Debatte war ein Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 16/3454), mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, den tatsächlichen Bedarf vor Ort zu erheben und entsprechend nachzusteuern. Außerdem solle die Regierung in Kooperation mit den Beteiligten schnellstmöglich einheitliche Anmeldefristen und vereinfachte Anmeldeverfahren auf den Weg bringen. Der Widerspruch ließ nicht lange auf sich warten.

Von einer bedarfsgerechten Infrastruktur sei NRW weit entfernt, kritisierte **Marcel Hafke** (FDP). Er forderte die Landesregierung auf, den Betreuungsbedarf in den einzelnen Kommunen zu ermitteln, ein Controlling auf den Weg zu bringen und mit den Kommunen nachzujustieren. Gerade in großen Städten fehlten tausende Betreuungsplätze. Damit sei die Landesregierung dem Rechtsanspruch nicht nachgekommen. Seit Monaten herrsche Stillstand, und Herausforderungen wie ein attraktiverer Erzieherberuf, eine attraktivere Tagespflege oder die Frage nach dem Zugang zu Kitas außerhalb der eigenen Stadt blieben ohne Antwort.

„Wenn man Ansprüche an andere stellt, sollte man diese Ansprüche bei sich selbst überprüfen“, entgegnete **Wolfgang Jörg** (SPD). Seit 2010 habe Rot-Grün 440 Millionen Euro in die Kleinkindbetreuung investiert, die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hingegen habe in fünf Jahren null Euro investiert. Die „riesengroße, öffentlich anerkannte Aufholjagd“ in NRW erkannten auch die Eltern, Träger und Kommunen an. Der Antrag aber sei nur auf Krawall gebürstet, kritisierte der Abgeordnete. Er enthalte mehrere Aufforderungen zu Dingen, die bereits gemacht würden oder aber die man nicht machen könne, weil sie absurd seien.

Ursula Doppmeier (CDU) bescheinigte der Regierung „Wunschdenken“, denn die gemeldeten U3-Plätze seien noch längst nicht alle tatsächlich da. „Quantität löst nicht das Problem der

Qualität“, fügte sie hinzu und forderte kleinere Betreuungsgruppen sowie mehr Erzieherinnen und Erzieher. Außerdem fehle es nun an Plätzen für Kinder über drei Jahren, weil die Regierung aus Ü3-Plätzen mit Fördergeldern U3-Plätze gemacht habe. Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, brauche es nicht nur Betreuungsplätze, sondern auch mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung. Viele Eltern wünschten sich erweiterte Öffnungszeiten.

Andrea Asch (GRÜNE) bezeichnete es als Armutszeugnis, die Anstrengungen von Landesregierung, Kommunen, Trägern sowie Erzieherinnen und Erziehern nicht anerkennen zu wollen. Kaum erträglich fand Asch mit Blick auf Schwarz-Gelb, „wenn Sie anfangen, mit Krokodilstränen die Qualität zu bemühen, die Qualität, die Sie mit Ihrem Kinderbildungsgesetz schamlos nach unten gefahren haben“. Um Familie und Beruf vereinbar zu machen, sah Asch nicht nur die Politik in der Pflicht, sondern auch die Wirtschaft. Familienfreundliche Arbeitsplätze, Betriebskindergärten und ein angemessenes Gehalt für Frauen seien ebenso notwendig wie ein weiterer U3-Ausbau.

Vor allem gehe es beim Krippenausbau um qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, erklärte **Olaf Wegner** (PIRATEN). Das bedeute, die Chancen und Möglichkeiten in den Kindertageseinrichtungen besser zu nutzen und so die individuelle Förderung zur Basis des Lernens zu machen, damit die Kinder ihre Interessen und Fähigkeiten optimal entfalten könnten.

Bei der derzeitigen Versorgungsquote könnten die meisten Kitas dies aber kaum bieten – und die Einrichtungen, die es böten, könnten sich die meisten Eltern nicht leisten. Deshalb fordere seine Fraktion sowohl mehr und bessere als auch beitragsfreie Kinderbetreuung.

Es stimme nicht, „dass wir Plätze durch Umwandlung von Ü3-Plätzen in U3-Plätze geschaffen hätten“, sagte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Stattdessen hätten dies CDU und FDP getan, und zwar ohne jede Investition – mit der Entscheidung, Kinder früher einzuschulen. Neben einem Personal-Kind-Schlüssel im „Spitzenfeld“ habe NRW auch die Anzahl der Auszubildenden im Erzieherberuf erheblich gesteigert, sagte Schäfer zur Qualität. Und ein Anmeldeverfahren sei verabredet worden, liege aber in der Eigenständigkeit der Kommunen. Das Land könne hier nur moderieren. Controlling hingegen bedeute nichts als Bürokratie. SOW

Überweisung

Den Antrag (Drs. 16/3454) weiterberaten wird nun federführend der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, begleitet vom Kommunalausschuss.

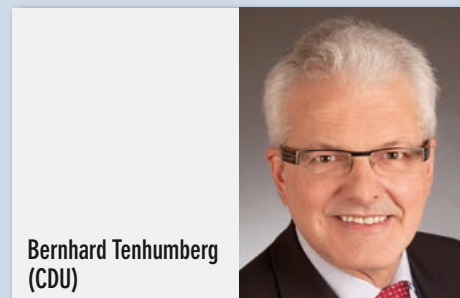
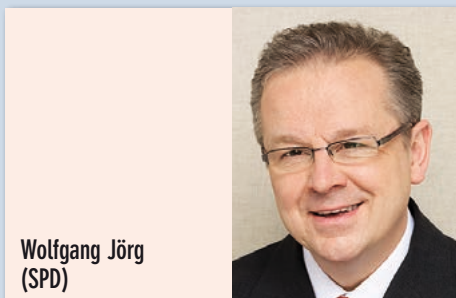
Im übrigen unterstützt der Landtag den einstimmigen Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz zum U3-Ausbau, die Landesregierung soll sich für eine verstärkte Kostenbeteiligung des Bundes einsetzen. Für diese Position stimmten am 19.9.2013 im Familienausschuss SPD, GRÜNE, FDP und PIRATEN, die CDU enthielt sich.



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Qualität in der Kleinkindbetreuung zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass ...

... sie den Zusammenhang von Bindung und Bildung erkennt: Kinder lernen besser, fühlen sich geborgener und können sich optimal entwickeln, wenn Bezugspersonen ausreichend Zeit für sie haben. Genauso wichtig sind aber auch Qualifikation und das Bild vom Kind: Kompetente Erwachsene nehmen Kinder, ihre individuelle soziale Lage und ihre Entwicklungssituation ernst. Dies gilt für Bildungsinhalte und im Besonderen für Sprache und Kommunikation.

... ausreichend gutes Personal zur Verfügung steht. Das Fachpersonal muss in die Lage versetzt werden, seine pädagogischen Kompetenzen für die dringend benötigte Arbeit mit den Kindern vorzuhalten anstatt für Koch-, Spül- oder Putzdienste. Hier müssen wir gegebenenfalls umsteuern und die Erzieherinnen und Erzieher stärker entlasten.

Gesamtgesellschaftlich sind Kinder gewollt, qualifizierte Betreuungsangebote sind aber eine teure Angelegenheit. Um dies landesweit zu stemmen, ...

... wurde und wird der Ausbau gemeinsam mit Kommunen und Trägern vorangebracht und nicht gegen sie. Das Land stellt seit 2010 investive Mittel in Höhe von über 440 Millionen Euro bereit, trägt einen höheren Anteil an den Betriebskosten, holt auf Krippengipfeln alle Beteiligten an einen Tisch. Der Betreuungsschlüssel für Kinder unter drei Jahren wurde inzwischen von 1:3,6 auf 1:3,3 verbessert. Damit nimmt NRW bundesweit einen Spitzenplatz ein.

... müssen die Prioritäten richtig gesetzt werden. Die Beitragsfreiheit auf Kosten der Betreuungsqualität ist der falsche Weg. Weil jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, muss hier umgesteuert werden.

Noch sind nicht in allen Städten ausreichend Betreuungsplätze vorhanden. Bis dahin kommt es darauf an, ...

... dass der Bedarf wohnortnah gedeckt werden kann, wenn auch nicht immer die Wunschkita oder -tageseltern dabei sind. Vor allem große Städte haben mit Hochdruck den Ausbau vorangebracht, waren dabei aber Grenzen unterworfen: Kommunale Ausbaupläne wurden z.B. durch Investitionen in den Wohnungsbau gebremst. Aus Erfahrungen der 90er-Jahre wissen wir, dass ein steigendes Angebot auch die Nachfrage steigert. Also wird der Ausbau weitergehen.

... dass Bund, Land und Kommunen die Kräfte bündeln und den Ausbau gemeinsam weiter voranbringen. Dabei gilt es, vollgestopfte Gruppen und Personalengpässe zu vermeiden. Eine Aufweichung der Betreuungsqualität zugunsten neuer Plätze ist sicher nicht zielführend.

Damit Eltern tatsächlich die Chance haben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, ...

... haben bedarfsgerechte Angebote, gute Qualität und Trägervielfalt oberste Priorität. Doch die Kita ist nicht nur Betreuungs-, sondern auch Bildungsort. Daher muss sie gebührenfrei sein. Wir haben einen ersten Schritt getan und Eltern deutlich entlastet. Die Vereinbarkeit mit dem Beruf kann sich nur verbessern, wenn die strukturelle Benachteiligung von Familien in allen Politikbereichen gesehen wird, sonst gerät die Debatte in ein „Entweder-oder“ und eine Maßnahme wird gegen die andere ausgespielt.

... bedarf es unterschiedlicher Unterstützungsangebote. Eltern wollen keine Bevormundung, sondern eine echte Wahlfreiheit. Das Elterngeld, der Betreuungszulausbau, das Betreuungsgeld sowie gezielte Wiedereinstiegsangebote begünstigen die vielfältig gelebten Familienentwürfe.



Diesmal zum Thema Kinderbetreuung.

Andrea Asch
(GRÜNE)



... Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet wird. Nötig sind gut ausgebildete ErzieherInnen mit genug Zeit für die Bedürfnisse des Kindes und individuelle Förderung. Wir werden den Weg für mehr Personal und bessere Qualität weiter fortsetzen.

... ist viel Geld notwendig und die Bundesregierung muss sich wegen dem steigenden Bedarf deutlich stärker finanziell beteiligen. Das gilt auch für die Unternehmen, weil sie von einem guten Kinderbetreuungsangebot profitieren.

... dass die Kommunen schnellstmöglich qualitativ hochwertige Plätze zum Beispiel in privater Kinderbetreuung anbieten. Platz-Sharing lehnen wir ab, da es Qualitätsabbau bedeutet. Rot-Grün wird die Städte weiter bei der Finanzierung neuer Plätze unterstützen. Wir rechnen mit steigenden Bedarfen der Eltern, der Ausbau muss daher auch die nächsten Jahre weitergehen.

... sind auch die ArbeitgeberInnen gefordert. Wer als mittleres oder größeres Unternehmen atypische Arbeitszeiten von seinen Beschäftigten verlangt, muss auch atypische Betreuungszeiten mitfinanzieren. Wir brauchen mehr Betriebskittas. Eltern empfehle ich, die manchmal vorhandene Scheu vor der zeitlich flexiblen und guten Kindertagespflege abzulegen. Kinder sind dort gut aufgehoben.

Marcel Hafke
(FDP)



... eine kindgerechte Umgebung garantiert wird, in der sich Kinder wohl fühlen, sich frei entfalten können sowie gefördert werden und bei der Eltern ihr Kind in guten Händen wissen. Dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher, damit sie ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen können. Qualität bedeutet auch: ein bedarfsgerechtes Angebot und flexible Betreuungszeiten.

... ist es in Anbetracht der stark angespannten finanziellen Lage des Landes unabdingbar, dass in der frühkindlichen Bildung Prioritäten gesetzt werden: Notwendiges kommt vor dem Wünschenswerten, Angebots- und Qualitätsausbau vor der Beitragsfreiheit. Von guter frühkindlicher Bildung profitieren alle Familien. Qualität ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und guten Entwicklungsperspektiven.

... dass von allen Beteiligten alles unternommen wird, um dieses Ziel zu erreichen. Jeder Familie, die das wünscht, muss ein qualitativ gutes Betreuungsangebot gemacht werden. Die Politik muss das Versprechen, das sie den Familien gegeben hat, einhalten. Wir brauchen ein vernünftiges Controlling, damit gezielt nachgesteuert werden kann, und einen Runden Tisch für den kurzfristigen „Lückenschluss“.

... braucht es gute und flexible Betreuungsangebote, die eine echte Vereinbarkeit zulassen. Hier ist auch die Wirtschaft in der Pflicht. Gleichzeitig sollte das Land betriebliche Angebote besser fördern. Was im frühkindlichen Bereich anfängt, geht im Schulbereich weiter. Hier brauchen wir tragfähige Konzepte und einen Angebotsausbau im Ganztage in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen.

Daniel Düngel
(PIRATEN)



... Kindern eine möglichst individuelle Förderung zuteil wird und die Bedingungen weder Personal noch Kinder oder Erziehungsberechtigte benachteiligen. Die finanziellen Verhältnisse dürfen hierbei keine Rolle spielen. Um Kinder optimal zu fördern, bedarf es besserer Rahmenbedingungen und vor allem auch gut ausgebildeter Erzieherinnen und Erzieher, die genug Zeit für unsere Kinder haben.

... müssen wir Geld in die Hand nehmen. Frühkindliche Bildung legt einen immens wichtigen Grundstein, der bei mangelhafter Umsetzung später nur schwer aufgeholt werden kann. Als PIRATEN sind wir bereits 2012 mit „Keine Bildung ist viel zu teuer!“ in den Wahlkampf gezogen und stehen auch weiterhin dazu. Hier ist dringendes Umdenken bei allen anderen Beteiligten erforderlich.

... dass den Eltern unkompliziert geholfen und ihnen gegebenenfalls Beratung vermittelt wird. Auf unseren Antrag hin haben wir erreicht, dass sich die U3-TaskForce des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport auch um Erziehungsberechtigte kümmert, die Schwierigkeiten haben, einen Kita-Platz zu finden. Wichtig ist, dass die Eltern mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden.

... bedarf es möglichst flexibler Lösungen. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, welche tatsächlich auf den familiären Bedarf zugeschnitten sind. Dazu gehören flexible Angebote sowohl in Form von Betreuungszeiten als auch bei der Frage gemeindeübergreifender Betreuung. Dabei sollten wir nicht die Frage vergessen, wie Erzieherinnen und Erzieher Familie und Beruf vereinbaren können.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4000	Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3970	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer NRW im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3969	Neuordnung im Bereich der Schul- und Studienfonds, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3968	Änderung des Stärkungspaketgesetzes, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 25.9.2013
16/3967	Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 25.9.2013
16/3966	Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 25.9.2013
16/3965	Änderung des Landesreisekostengesetzes und des Landesumzugskostengesetzes, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3948	Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW, PIRATEN	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 26.9.2013
16/3802	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3800	Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3625	Gesetz zu dem Vierten Änderungsvertrag zwischen dem Land NRW und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe und der Synagogengemeinde Köln, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 25.9.2013
16/3527	Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“, LR	Vorschlag: Ausschuss Innovation, Wissenschaft und Forschung	1. Lesung 25.9.2013
16/3526	Aufhebung der gesetzlichen Befristung des Landespresseggesetzes NRW, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kultur und Medien	1. Lesung 25.9.2013
16/3457	Änderung des Landesjagdgesetzes, LR	Umweltausschuss	in Beratung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/3440	Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	in Beratung
16/3439	Änderung des Hundegesetzes, PIRATEN	Umweltausschuss	2. Lesung 25.9.2013
16/3388	Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur, (GEPA NRW) LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/3387	Änderung des Kommunalwahlgesetzes und Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, LR	Kommunalausschuss	2. Lesung 25.9.2013
16/3335	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	2. Lesung 25.9.2013
16/3334	Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes, LR	Innenausschuss	Anhörung 7.11.2013
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	Anhörung 5.12.2013
16/3206	Änderung des Krebsregistergesetzes, LR	Sozialausschuss	Ausschussberatung 9.10.2013
16/2977	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/2885	Chancengleiche Ausgestaltung der Errichtungsbedingungen und Teilstandortbildung von allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen, FDP	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung 11.12.2013, 2. Lesung 18./19.12.2013
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Arbeitsausschuss	in Beratung
16/2432	Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen, LR	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Abschlussberatung 18.9., 2. Lesung 25.-27.9.2013
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Innenausschuss	in Beratung
16/2287	Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, FDP	Rechtsausschuss	Ausschussberatung 9.10.2013
16/2124	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	Anhörung 8.11.2013
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes, SPD, GRÜNE	Umweltausschuss	in Beratung
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 16./17.10.2013
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt



Kitaangebote außerhalb des Wohnorts

Fachleute uneinig über Lösungsmöglichkeiten

19. September 2013 – Seit dem 1. August haben Eltern für ihre Kinder einen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita). Dieser gilt zunächst gegenüber der Kommune, in der sie wohnen. Problematisch kann es werden, sollten sie einen Platz in einer anderen Kommune wünschen, zum Beispiel, weil sie dort arbeiten. Ein Problem, das grundsätzlich gelöst werden müsse, fand ein Großteil der Fachleute, die im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend rechtliche, finanzielle und praktische Lösungen erörterten. Ein Problem, das die Kommunen durchaus untereinander lösen könnten, widersprachen die kommunalen Spitzenverbände.



Foto: Schälte

„Man kann jede Menge Zweckgemeinschaften gründen, da kann man doch ein paar Kinder hin- und herschieben“, meinte Heinz-Josef Kessmann (Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege). Er forderte, dass hinsichtlich der anfallenden Kosten die Kommunen untereinander Verrechnungsmöglichkeiten finden sollten. Aufgrund zunehmender Mobilität steige die Zahl derjenigen, die ihre Kinder nahe der Arbeitsstätte unterbringen möchten. Gleichzeitig verschärften viele Jugendämter insbesondere unter dem Druck der kommunalen Finanzsituation die Ablehnung gemeindefremder Kinder. Es gebe dringenden Klärungsbedarf; eine bessere interkommunale Zusammenarbeit und Ausgleichsregelungen seien erforderlich. Die Wohlfahrtsverbände forderten, bei der angekündigten Revision des Kinder-

bildungsgesetzes (Kibiz) die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung über Gemeindegrenzen hinweg zu vereinfachen.

Eltern hätten in aller Regel gut nachvollziehbare Gründe, wenn sie ihr Kind in einer Kita in einem anderen Jugendamtsbezirk anmelden, betonte Klaus-Heinrich Dreyer (Landchaftsverband Westfalen-Lippe). Zum Beispiel handele es sich um Kitas in der Nähe des Arbeitsorts oder um Kitas mit einer besonderen pädagogischen Ausrichtung. Allerdings gebe es heute nicht mehr den Konsens zwischen allen Jugendämtern, dass es sich hier um ein „Geben und Nehmen“ handele. Derzeit existiere ein „Flickenteppich“ unterschiedlicher Regelungen, die zum Teil auf Altersgrenzen, zum Teil auf höhere Elternbeiträge abstellten, kritisierte er. Solche Lösungen seien kaum vermittelbar. Dreyer

trat dafür ein, zunächst zu prüfen, ob man mit Empfehlungen und Vereinbarungen das Problem lösen könne. Ansonsten hielt er eine landesrechtliche Lösung für angemessen.

Eine zunehmende Tendenz bei der Inanspruchnahme gemeindefremder Betreuungsangebote sah auch Karl Eitel John (Kreis Lippe). Im Kreis Lippe würden zunächst alle Kinder aus der jeweiligen Wohnsitzgemeinde versorgt. Sollten dann noch Plätze frei sein, könnten diese an andere Kinder vergeben werden. Neben dem verfügbaren Angebot sei auch die unterschiedliche Höhe der Elternbeiträge problematisch, so John. Diese könne dazu führen, dass sich Eltern verstärkt an Kitas mit niedrigen Beitragsätzen wendeten. Als praktische Lösung trat John ebenso wie Dreyer für die verstärkte Errichtung von Betriebskindergärten ein. Zur Finanzierung sei eine Bundesgesetzgebung sinnvoll. Bis dahin sollte eine landesrechtliche Regelung beinhalten, dass bei gemeindefremden Kindern der Jugendamtsanteil durch das Land übernommen werde. Eine Verrechnung zwischen den beteiligten Jugendämtern erschien ihm weder praktikabel noch zielführend.

AUSGLEICH

Die wiederholten Beratungen der Jugendamtsleitungen hätten gezeigt, dass über das Land betrachtet unter den jeweils angrenzenden Kommunen in aller Regel ein Ausgleich im Hinblick auf ein- und auspendelnde Kinder stattfände, so die Kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Dr. Matthias Menzel und Lorenz Schmitz. Eine finanzielle Ausgleichspflicht bei Aufnahme gemeindefremder Kinder in eine Kindertageseinrichtung sei daher weder notwendig noch zielführend. Erst recht sei der Verwaltungs- und Personalaufwand dafür zu hoch, betonte Menzel. Er stünde auch nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den in Rede stehenden Zahlen. Es sei also ein Problem, das keiner Regelung bedürfe, ergänzte Schmitz: „Ich setze auf gute kommunale Nachbarschaft.“

Der Vereinigung der Waldorfkinderergärten NRW sei es ein Anliegen, dass die Frage der gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangebote mit den zuständigen Kommunen konstruktiv und an den Bedürfnissen der Kinder bzw. ihrer Familien orientiert geklärt werde, erklärte Ulrich Neumann (Waldorfkinderergärten). Wirtschaftliche Aspekte dürften dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nicht im Wege stehen. Daher müsse auf politischer Ebene eine verbindliche Regelung beschlossen werden, am besten im Einverständnis aller Beteiligten.

cw



+++Meldungen+++

Kostenfrage Inklusion

11.9.2013 – Wer soll die Kosten für das inklusive Lernen, also das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern bezahlen – das Land oder die Kommunen? Während die Regierungsseite den Prozess rasch beginnen und die Folgen für die Städte und Gemeinde später ausloten will, forderten die drei Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN im **Schulausschuss** sofortige Klarheit und eine entsprechende Überarbeitung des Gesetzentwurfs. Sonst drohe, dass das große, von allen gemeinsam getragene Ziel des inklusiven Lernens scheitere. Bei der Auswertung der Anhörung wurde jedenfalls kein Konsens erzielt. Die Abschlussberatung wurde auf den 8. Oktober verlegt.

Tür ins Leben

11.9.2013 – Gleich mehrere Tagesordnungspunkte beschäftigten die Abgeordneten des **Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales** mit Fragen der Inklusion. So betonte der Leiter der Agentur Barrierefrei NRW, Professor Dr. Christian Bühler, dass neben der technischen Barrierefreiheit auch die inhaltliche Barrierefreiheit bei Information und Kommunikation zu beachten sei. Mit Blick auf die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Hörschädigung erläuterten Professorin Dr. Dr. Mathilde Niehaus und Professor Dr. Thomas Kaul (beide Universität Köln), dass es sich bei den Betroffenen um eine sehr heterogene Gruppe handele. So müsse man zum Beispiel unterscheiden, ob Menschen von Geburt an oder erst später hörgeschädigt seien. Über Förderschulen, berufliche Bildung, Beratungsangebote zum Beispiel der Kommunen oder Selbsthilfegruppen ließen sich für diese Menschen gute Erfolge hinsichtlich der Integration erzielen. Betreuung sei für die Betroffenen oft die Tür ins Leben.

Änderung des Kommunalwahlrechts

13.9.2013 – Der **Kommunalausschuss** stimmte mit den Stimmen der Regierungsfractionen einem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kommunalwahlrechts einschließlich eines Änderungsantrags der SPD-Fraktion zu. Die Änderungen betreffen Vorschriften zur Sitzberechnung, zur Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen. Außerdem soll bei Neuwahlen auch das Einreichen neuer

Wahlvorschläge ermöglicht werden. Der Gesetzentwurf wird demnächst in zweiter Lesung im Plenum beraten.

Zentralabitur 2013 erfolgreich

18.9.2013 – Im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** werteten alle Fraktionen das Zentralabitur 2013 als Erfolg. Die Fraktionen der PIRATEN und der FDP merkten jedoch an, dass dieses Ergebnis nur durch eine erhöhte Belastung der G8-Schülerinnen und Schüler möglich geworden sei. Alle Fraktionen einigten sich deshalb darauf, die Gestaltung von G8 im Ausschuss weiterhin zu thematisieren. Auf Vorschlag der CDU soll sich die Landespolitik in Zukunft dem Problem verstärkt widmen, dass Kleinstoberstufen ein vergleichsweise geringes Kursangebot zur

Keine Bürgschaft für „newPark“

18.9.2013 – Zu einer scharfen Auseinandersetzung führte im **Wirtschaftsausschuss** des Landtags die Ablehnung des Antrags auf Landesbürgschaft zum Ankauf des „newPark“-Arealen in Datteln/Waltrop. Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) betonte ebenso wie die Regierungsfractionen, dass man auf der Grundlage eines Gutachtens unabhängiger Wirtschaftsprüfer den Antrag zur Förderung dieses Gewerbegebiets habe ablehnen müssen. Dies sei ein ganz normales Verfahren. Die PIRATEN schlossen sich dieser Bewertung an. CDU und FDP betonten dagegen, das Land habe die Chance auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region und die Schaffung tausender Arbeitsplätze vertan. Das Gutachten sei nur deshalb negativ ausgefallen, da die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen verschlechtert habe. CDU und FDP vermuten politische Gründe hinter der Entscheidung.

Mülldeponierung in Bergwerken

18.9.2013 – „Wir wollen Aufklärung, auch wenn sie unangenehm und teuer wird“: Mit Blick auf mögliche Sondermülldeponierungen in Steinkohlebergwerken sprach sich Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) im **Wirtschaftsausschuss**, unterstützt durch SPD und

GRÜNE, für eine rasche und gründliche Untersuchung aus. Allerdings gebe es derzeit keine konkreten Informationen und Hinweise auf mögliche Gefahren für das Grundwasser. Jedenfalls wolle er, wenn möglich schon in der kommenden Woche, die Verfasser aktueller Gutachten sowie die beteiligten Behörden zu einem Fachgespräch einladen. Vorwürfen seitens CDU, FDP und PIRATEN, er informiere das Parlament zu spät und nicht ausreichend, trat er mit der Zusage einer „maximalen Transparenz“ bezüglich der Gutachten und Gespräche in dieser Frage entgegen. Schon heute seien die Ergebnisse der kontinuierlichen Untersuchungen im Internet einsehbar.

Austritt

23.9.2013 – Der Abgeordnete Robert Stein hat gegenüber Landtagspräsidentin Carina Gödecke seinen sofortigen Austritt aus der Piratenfraktion erklärt. In seinem Schreiben an die Präsidentin kündigt er an, seine Abgeordnetentätigkeit im Landtag NRW zunächst fraktionslos weiterführen zu wollen.



Illustration: Peter Flock

Verfügung steht. Abschließend verständigte sich der Ausschuss auf Initiative von SPD und GRÜNEN darauf, die Unterstützung sozial schwacher Schülerinnen und Schüler zu evaluieren und zu erweitern.

Unterausschuss zum Klimaschutzplan

17.9.2013 – Der **Unterausschuss Klimaschutzplan** hat sich konstituiert und Rainer Deppe (CDU) zu seinem Vorsitzenden sowie Norbert Meesters (SPD) zu dessen Stellvertreter gewählt. Die beiden Vorsitzenden wurden einstimmig gewählt. Der Unterausschuss hat die Aufgabe, den Erstellungsprozess des Klimaschutzplans und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen sowie ihre politischen Auswirkungen zu diskutieren. Er kann in seine Entscheidungsfindung relevante gesellschaftliche Gruppen sowie die kommunalen Spitzenverbände einbinden. Nach Verabschiedung des Klimaschutzplans soll sich der Unterausschuss über dessen Umsetzung informieren, diese parlamentarisch begleiten und kontrollieren.



Auf der Suche nach der modernen Pflege

Ziel: Selbstbestimmtes Leben, sei es zu Hause, in Wohngemeinschaften oder stationär

Foto: Schälte

12. September 2013 – Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren stark steigen. Um trotz knapper Finanzmittel ein qualitativ hochwertiges Pflegeangebot zu ermöglichen, will die nordrhein-westfälische Landesregierung das Pflegerecht modernisieren. Sie legte dazu den Entwurf eines „Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ vor (GEPA NRW, Drs. 16/3388). In einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurde der Gesetzentwurf einen ganzen Tag lang diskutiert. Neben Zustimmung gab es auch Verbesserungsvorschläge aus den Reihen der Experten.

Ziel der Pflegereform ist es, Älteren mit und ohne Pflegebedarf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu sollen künftig vor allem Wohn- und Pflegeangebote unterstützt werden, die es Älteren ermöglichen, so lange wie möglich in ihrem vertrauten Quartier zu leben. Statt neuer Altenheime soll es Wohngemeinschaften und Quartiere für ein autonomes Leben geben.

Die Marschrichtung „ambulante vor stationärer Pflege“ traf unter den Sachverständigen auf ein geteiltes Echo. Während Friederike Scholz vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen diesen Ansatz begrüßte, warnte der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) davor. „Es darf nicht bei ambulant statt stationär enden und zu einer Ausradierung der Pflegeplätze kommen“, sagte der NRW-Vorsitzende Christof Beckmann. Sein Verband rechnet damit, dass durch die steigenden Anforderungen an die Einrichtungen bis 2018 mindestens 20.000 von aktuell 170.000 vollstationären Pflegeplätzen wegfallen – weil bis 2018 eine Quote von 80 Prozent Einzelzimmern erfüllt werden muss. Auch die nun angedachte Koppelung der Förderung an eine Maximalgröße von 80 Plätzen pro Haus könne zu einer Reduzierung führen. Beckmann warnte davor, dass die „nachhaltige Versorgungssicherheit gefährdet“ sei.

Markus Boecker vom Caritasverband Hagen forderte, dass es weiterhin ausreichend

stationäre Angebote geben müsse. Auch in Zukunft gebe es einen entsprechenden Bedarf, sagte er. Den Vorrang der ambulanten Pflege bezeichnete die Landesseniorenvertretung NRW hingegen als „ganz vernünftig“. „Die Menschen wollen weiter vor Ort miteinander leben“, sagte der stellvertretende Vorsitzende Jürgen Jentsch. Der vorliegende Gesetzentwurf sei „ein richtiger Schritt in die richtige Richtung“.

STEUERUNG

Gleich mehrere Redner bezeichneten die mangelnde Information als Problem. Angehörige wüssten oftmals gar nicht, dass es ambulante Wohngemeinschaften gebe, und griffen eher direkt zu den stationären Angeboten. „Wenn die Leute wissen, dass es diese Einrichtungen gibt, werden sie auch automatisch stärker genutzt“, sagte Erika Rodekirchen vom Verein „Neues Wohnen im Alter“. Laut dem Pflegewissenschaftler Prof. Dr. Wilfried Schnepf seien die Bedürfnisse der Angehörigen in dem Gesetzentwurf „völlig unzureichend“ dargestellt und es gebe „dringenden Nachbesserungsbedarf“.

Die Vertreter mehrerer Städte machten auf einen ganz anderen Aspekt aufmerksam. Sie beklagten, dass sie keinerlei Steuerungsmöglichkeiten besäßen, um das Pflegeangebot in

ihren Gebieten zu beeinflussen. Selbst wenn die Planungen von Investoren offensichtlich falsch seien, könnten sie darauf keinen Einfluss nehmen. „Wir wünschen uns deutlich stärkere Steuerungsinstrumente als die, die uns im Moment zur Verfügung stehen“, sagte Jörg Süshardt von der Stadt Dortmund. Bislang könnten die Kommunen nur beratend tätig sein. „Die Entscheidung muss letztlich bei der Kommune liegen, denn wir kennen die Lage vor Ort“, merkte Jörg Schneider von der Stadt Leverkusen an.

Zu einem Reizthema unter den Experten entwickelte sich die Wohn- und Betreuungsqualität in den Heimen. Der Gesetzentwurf sehe eine Mindestquote von 80 Prozent an Einzelzimmern vor, aber nur wenn diese verfügbar seien. Der Sozialverband Deutschland forderte stattdessen ein verbindliches Recht auf ein Einzelzimmer. Mehrere Betroffenenverbände drängten zudem auf eine klare Fachkräftequote in den Einrichtungen. Bei dem angepeilten Wert von 50 Prozent dürfe es sich nur um eine Mindestquote handeln, die in der Realität höher ausfallen müsse, betonte Dr. Harry Fuchs von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Nachwachen von einer Person auf mehreren Stationen, unzählige Überstunden und Dienste ohne Pausen seien oft die Regel, ergänzte sein Kollege Wolfgang Cremer. Der Gesetzentwurf sei hier kein Fortschritt.

Christian Wolf



Aus den Fraktionen

Energiearmut bekämpfen mit sozialverträglicher Energiewende und wirksamer Mietpreisbremse

Immer mehr Menschen haben Mühe, ihre Stromrechnungen zu bezahlen. Besonders Geringverdienern und Hartz-IV-Empfängern machen die steigenden Preise zu schaffen. Doch wer nicht zahlt, sitzt bald im Dunkeln: 2010 drehten die Energiekonzerne fast 120.000 Haushalten in Nordrhein-Westfalen den Strom ab, so die aktuelle Zahl der Verbraucherzentrale NRW. Inzwischen sollen rund 20 Prozent der Menschen in NRW von der sogenannten Energiearmut bedroht sein. Viele müssen jetzt schon mehr als zehn Prozent ihres verfügbaren Einkommens nur für Strom und Gas ausgeben. Tendenz steigend.



für die Betroffenen: Wohnungen bleiben kalt und dunkel“, sagt Jochen Ott (Foto), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. „Doch Stromsperrern sind unsozial und stellen eine existenzielle Bedrohung dar.“

Dabei wird schnell klar: „Energiearmut war früher ein Randphänomen, heute ist es ein Alltagsproblem mit gravierenden Auswirkungen

Die Ursachen sind vielfältig: Mieten und Energiekosten sind erheblich angestiegen, ebenso der Energieverbrauch. Zugleich stagnierten viele Einkommen oder wurden sogar geringer. Den Menschen bleibt immer weniger Geld zum Leben. Die verfehlte Energiewende der schwarz-gelben Bundesregierung belastet die privaten Haushalte in ungerechtfertigter Weise. „Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung und streben darüber hinaus eine Befreiung von der Stromsteuer für ein Kontingent an, das für die Grundversorgung einer Wohnung

mit Energie erforderlich ist“, fordert Ott. Problematisch ist auch der rasante Anstieg der Mieten bei der Wiedervermietung. „Diese erschreckende Entwicklung muss der Bund mit einer sofortigen Mietpreisbremse unterbinden.“

Deshalb muss Energiearmut ressortübergreifend in der Energie-, Sozial- und Verbraucherpolitik wirkungsvoll bekämpft werden. Ott weiter: „Wir brauchen eben nicht nur eine sozial gerechte und bezahlbare Energiewende, sondern gleichzeitig eine Mietpreisbremse, ausgewogene Löhne und eine Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes. Nur mit diesen umfassenden Politikansätzen kann das Problem Energiearmut gelöst werden.“



„Reden und Tun passen bei der rot-grünen Landesregierung nicht zusammen“

Mit einem Sommerbrief hat CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann (Foto) die Abgeordneten seiner Fraktion auf die Themen in der zweiten Jahreshälfte eingestimmt.

Ausdrücklich warnte er vor einer Bedrohung durch Rot-Rot-Grün – angesichts der Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen: „Für jeden verantwortungsvollen Politiker muss Rot-Rot-Grün im Bund schlicht und einfach tabu sein“, schrieb Laumann.

Die neue Bundesregierung müsse aus Sicht Laumanns NRW-Anliegen aufgreifen. Es gelte, die Finanzsituation der Kommunen zu verbessern, um deren Selbstverwaltung weiter zu ermöglichen. Eine Generalrevision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sei nötig: „Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist unabdingbar sowohl für alle Bürger wie auch für die Wettbe-

werbsfähigkeit der Industrie und damit für Zehntausende von Arbeitsplätzen.“ Weiter forderte er eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch eine Aufstockung der Investitionen. Und: Sofort nach der Wahl müssen die rechtlichen Grundlagen für einen Mindestlohn gelegt werden.



Der Vorsitzende übte fundamentale Kritik an der rot-grünen Landesregierung: „Reden und Tun passen nicht zusammen. Die sozialen Worte und die Taten fallen immer weiter auseinander.“ Die „neue Finanzpolitik“ von Hannelore Kraft sei gescheitert. Sie regiere strategielos. Ungerechte Regelungen wie bei der Beamtenbesoldung zeigten dies.

Zu einem zentralen Thema werde die CDU-Fraktion das Verhältnis zwischen akademischer

Bildung und dualer Berufsausbildung machen. Für Laumann sei es eine problematische Entwicklung, dass die duale Berufsausbildung zunehmend an Achtung verliere. „Berufsbildung ist Bildung, und zwar eine Bildung, um die uns alle Welt beneidet. Es ist für die gute Zukunft unseres Landes entscheidend, dass wir das Problem des Fachkräftemangels lösen. Und wir lösen es nur, wenn wir uns wieder klar und selbstbewusst auf die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung rückbesinnen.“



Die Landtagsfraktion
CDU



#bratort landtag – Das Sommerfest der Grünen-Fraktion



450 Gäste aus Politik, Medien, Kultur, Wirtschaft, Kirche und Ehrenamt feierten mit der Grünen-Fraktion den Spätsommer – bei bestem Wetter auf der Landtagsterrasse am Rhein. Düsseldorf's Kult-Metzger Peter Inhoven grillte für die Gäste fünf eigene Bratwurst-Kreationen aus bestem Bio-Fleisch und dazu leckere Gemüsespieße. Seine Wurstmaschine kam mit der Pro-

duktion kaum nach und die Schlange vor seinem Stand wurde auch nach Einbruch der Dunkelheit kaum kürzer. Als Thüringerin machte Kathrin Göring-Eckardt den Bratwurst-Test und schwärmte besonders für die Variante „King of Laos“ mit Zitronengras und Austernsauce. In



ihrer Rede gratulierte sie der Fraktion zu Erfolgen in der Regierung. Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft kam auf die Wurst: Ob ihr das „Politbüro“ mit den Nicht-Südfrüchten Rote Bete, Gurke und Apfel geschmeckt hat? Jedenfalls stieß sie mit vielen Grünen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit an. Bis spät in die Nacht nutzten viele Gäste die Chance, sich am Rande des täglichen Politikbetriebs auszutauschen.



FDP will Inklusion qualitativ gestalten

Die schulische Inklusion ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Die FDP setzt sich für eine qualitative und schrittweise Umsetzung ein. „Die Bedürfnisse aller Kinder – mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf – müssen dabei im

Mittelpunkt stehen“, betont Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Das rot-grüne Inklusionsgesetz weist nach Expertenmeinung allerdings massive Mängel auf. Trotz verheerender Kritik halten SPD und Grüne jedoch bislang an dem völlig unzureichenden Entwurf fest. Aus Sicht der FDP fehlen Qualitätsstandards und auch die Frage der Kostenübernahme zwischen Land und Kommunen bleibt im vorliegenden rot-grünen Gesetzentwurf ungelöst. Gebauer bezweifelt, dass die kurzfristige Verschiebung der Abstimmung über das Gesetz in den Oktober hinein ausreicht, um die Mängel zu beheben.

Beim Fachdialog „Inklusion qualitativ gestalten“ hat die FDP-Fraktion mit mehr als 80 Gästen – Verbands- und Kommunalver-

tretern, Lehrern und Eltern – debattiert. Einig waren sich die Teilnehmer, dass auf die Kommunen und Schulen große Herausforderungen durch die schulische Inklusion zukommen. Das Land dürfe sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Experten warnten zudem davor, für Eltern die Wahlmöglichkeit der Förderschule zu verhindern.

„Tempo darf bei der Inklusion nicht vor Qualität gehen. Die FDP erwartet eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes – keine taktische Verschiebung“, unterstreicht Fraktionsvize Joachim Stamp. Wenn die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion scheitert, müssen Kinder, Eltern, Lehrer und Kommunen den Preis zahlen.



„Prism“ und „Tempora“ – der Skandal geht weiter!

Fast täglich tauchen neue Meldungen über immer neue Ausspähprogramme auf. NSA & Co. beobachten, was wir tun, was wir lesen, was wir suchen, was wir kaufen, wo wir uns aufhalten. Privatsache? Fehlanzeige. Trotz erster Empörung ist in der Zwischenzeit nicht viel passiert. Ablenkungsmanöver beherrschen die politische Debatte. Weder die Bürger noch die Unternehmen werden geschützt.

Die Konsequenz: Zahlreiche Bürger im Land tun sich schwer, die Situation und Gefahren für sich einzuschätzen. Aber auch die Politiker der anderen Fraktionen haben die Folgen noch nicht erkannt. „Dieser Überwachungs-skandal ist wie Radioaktivität. Man spürt lange nichts, bis es zu spät ist“, sagt Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der Piratenfraktion. Jede digitale Information gehört mittler-

weile zu dem Kreis der Daten, die von Prism & Co. erkannt, gespeichert und analysiert werden können: der Einzelverbindungs-nachweis vom Handy, das Passwort zum Online-Banking, die Größe der online-bestellten Schuhe, der persönliche Chatverlauf mit einem Freund – ALLES Digitale dieser Welt ist auch trotz Passwörtern nicht mehr sicher.

Im Einzelfall mag das nicht „schlimm“ sein. „Ich habe ja nichts zu verbergen“ ist ein oft genanntes Argument für die Gleichgültigkeit vieler Menschen. Aber würden Sie auch so denken, wenn jemand Ihre Briefe öffnet? Die Entscheidung über die Veröffentlichung von Daten sollte bei jedem selbst liegen und nicht durch Prism getroffen werden. Ihre Daten gehören Ihnen!



Wir haben einen virtuellen Charakter geschaffen, der exemplarisch „den Bürger“ darstellt, so wie er täglich ausspioniert wird: Eduard Schnee, 36, wohnhaft in Cloppenburg. Wir zeigen beispielhaft seine persönlichen Daten, wie sie von Prism ebenfalls gesehen werden könnten. Und mit jedem weiteren Datensatz wird uns Eduard Schnee ein Stück vertrauter. Wie intensiv, das hängt vor allem von den weiteren Machenschaften von Prism & Co. ab. Aber der Skandal muss keine „Neverending Story“ bleiben. Wir wollen einen Punkt setzen. Wir werden weiter kämpfen. Für eine Privatsphäre. Gegen einen gläsernen Bürger.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Umstrittener Maßstab

Kommunen: Zukünftig nur noch Landesmittel nach Bedarf?

19. September 2013 – Wie viel Geld brauchen die Kommunen wirklich, fragte im Kommunalausschuss die FDP. Auf ihren Antrag (Drs.16/2883) hin soll das Land untersuchen lassen, wie hoch der tatsächliche Finanzbedarf der Städte und Gemeinden sei. In einer Anhörung bezogen Fachleute Stellung.

Bisher werde nur ein fiktiver Wert statistisch ermittelt und eine vom Land festgelegte Gesamtsumme, bemessen nach den Einnahmen des Landes, nach den Regeln des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) auf die Kommunen in NRW verteilt. Nicht nur diese Regeln gehörten überarbeitet, sondern auch, dem vorausgehend, eben die Feststellung des realen Bedarfs an Geld, das die Kommunen benötigen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Damit soll der kommunale Finanzausgleich insgesamt gerechter gestaltet werden.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen hielten die Frage nach dem tatsächlichen Bedarf der Städte und Gemeinden für berechtigt. Allerdings habe es in Thüringen, wo der Bedarf ermittelt worden sei und nun auf dieser Basis Geld vom Land fließe, keineswegs zu einer Befriedung geführt; viele Kommunen seien vor Gericht gezogen.

Wenn jedenfalls eine Bedarfserhebung gemacht werden solle, dann müsse solches erstens auch verfassungsrechtlich verankert werden und zweitens ebenso für das Land und seine Aufgaben erfolgen, betonte etwa Dr. Dörte Diemert vom Städtetag Nordrhein-Westfalen. Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund NRW bzw. dem nordrhein-westfälischen Landkreistag betonte, es müsse endlich einmal festgestellt werden, wie viel Geld die Kommunen real bräuchten. Hamacher sprach sich wie Diemert aber auch dafür aus, eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen

unabhängig von den Einnahmen des Landes in der Verfassung festzuschreiben.

Auch Matthias Wohltmann vom Deutschen Landkreistag hielt eine Bedarfsfeststellung zwar für schwierig, aber möglich, auch für notwendig und verfassungsmäßig geboten. Denn die Aufgaben der Kommunen müssten die Ausgaben bestimmen, nicht umgekehrt. Er wies auf die Gleichwertigkeit der Aufgaben des Landes einerseits und der Kommunen andererseits hin und forderte, wenn das Land mehr Einnahmen als erwartet habe, müssten die Kommunen gleichermaßen davon profitieren.

SYMMETRISCHE PLEITE?

Anderer Meinung war der Wissenschaftler Prof. Dr. Janbernd Oebbecke von der Universität Münster. Er hielt eine objektive wissenschaftliche Darstellung der tatsächlichen Bedarfe für nicht möglich. Zudem wäre der Aufwand unverhältnismäßig hoch. Darüber hinaus bezweifelte er den Sinn einer Bedarfserhebung, denn mehr Geld sei schlicht nicht da.

Es gebe keinen Anspruch der Kommunen auf eine Mindestausstattung ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Landes, meinte der Münchener Jurist Prof. Dr. Stefan Koriath. Zudem seien die Erfahrungen aus Thüringen nicht besonders ermutigend. „Wenn man Neu-

land betritt, muss man sich darauf einstellen, dass man ein lernendes System installiert“, hielt ihm Gerhard Micosatt von der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik aus Bottrop entgegen. Natürlich müsse man das System nach den ersten Erfahrungen anpassen. Das Land NRW spreche immer nur von angemessener Finanzausstattung der Kommunen, nicht aber von aufgabenangemessener Finanzausstattung. Da sei es kein Wunder, dass die Finanzierung von Aufgaben nicht gewährleistet sei.

Prof. Dr. Thiess Büttner, Volkswirt aus Nürnberg, begründete, warum aus seiner Sicht eine Bedarfserhebung nicht funktionieren könne: Der öffentliche Sektor verkaufe seine Leistungen nicht. Dies mache eine Bewertung schwierig. Wenn also jemand bewerten wolle, wie viel Geld die Kommunen für ihre Aufgaben bräuchten, dann müsste er jede einzelne Aufgabe definieren, ausgestalten und ihre Umsetzung bestimmen – genau das aber führe die kommunale Selbstverwaltung ad absurdum.

Wenn der Bedarf der Kommunen ermittelt werde, sei auch der des Landes zu ermitteln – auf diesen Punkt kam noch einmal der Wissenschaftler Prof. Dr. Thomas Döring zu sprechen. Wenn man beide Bedarfe ermittle, komme man wieder beim Anfang heraus: Beiden Ebenen fehle es an Geld; der gemeinsame Topf reiche nicht für beide – „symmetrische Pleite“ von Land und Kommunen nannte das Micosatt.

Mario Hesse von der Universität Leipzig beschrieb Bedingungen, unter denen eine Bedarfsmessung möglich sei: So würden in Thüringen den Kommunen die Kosten für ihre Pflichtaufgaben vollständig erstattet, für freiwillige Aufgaben gebe es 60 Prozent. Deshalb sei die erste Frage sowohl für das Land als auch für die Kommunen, ob dieser Weg wirklich gewollt sei. Ebenso müsse bedacht werden, welche Konsequenzen eine bedarfsorientierte Finanzierung für Kommunen hätte, falls sich die Einnahmeseite des Landes positiv entwickle: Dann würden die Kommunen, anders als derzeit, davon nicht mehr profitieren. sow

Aktivitäten der Parlamentariergruppen



Foto: Schälte

Die Zusammenarbeit von Polizei und Rettungsdiensten in NRW, Belgien und den Niederlanden war Thema einer gemeinsamen Sitzung der Parlamentariergruppe NRW-Benelux (Vorsitz Eckhard Uhlenberg, CDU, vorne 3. v. l.) und der Kontaktgruppe NRW des Benelux-Parlaments.



Foto: Dietsch

Mit dem Vorsitzenden der Selbstverwaltungsregion Košice, Zdenko Trebula (Mitte) und seinen Ministern trafen sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe NRW-Polen (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU, 4. v. l.). Sie besuchte Krakau und die europäische Kulturhauptstadt Košice.



Portrait: Lutz Lienenkämper (CDU)



er zu jeweils 40 Prozent tätig, Vermittlungsaufgaben prägten nur ein Fünftel seiner Tätigkeit, zeichnet Lienenkämper das Bild einer gefestigten und schlagkräftigen CDU-Truppe.

Seit 2005 ist er Landtagsabgeordneter, wurde schnell Sprecher seiner Partei im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, ehe er als Nachfolger von Oliver Wittke den Posten des NRW-Verkehrs- und Bauministers übernahm. „Die freie Zeit außerhalb eines Ministeramtes ist größer“, sieht sich der gelernte Rechtsanwalt in der heutigen Funktion mit weniger Pflichtterminen, – gleichwohl wissend, was der schwarz-gelbe Machtverlust 2010 bedeutet: Das Los jeder Oppositionsfraktion – weniger Gestaltungskraft mit geringeren Erfolgsaussichten.

Nach dem Regierungswechsel knüpfte der in Köln geborene und jetzt in Meerbusch lebende Christdemokrat an seine Tätigkeit als Mittelstandspolitiker an und rückte als Vize-Fraktionsvorsitzender in die politische Führungsspitze vor. Obwohl er der engste Mitarbeiter von CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann ist, sieht er sich nicht als dessen rechte Hand, sondern als dessen Ergänzung. Das menschliche Miteinander mit Laumann bezeichnet er als „extrem gut“ und das Vertrauen untereinander als „ausgeprägt“. Dabei muss er immer wieder seiner PGF-Funktion gehorchend bereit sein, auf öffentlichkeitswirksame Auftritte zu verzichten. Bei der CDU-Doppelspitze im Lande bleibt „für die Kommunikation wenig Platz, aber für die inhaltliche Arbeit viel Raum“, wertet er die Zusammenarbeit von Laumann und CDU-Landeschef Armin Laschet als Verstärkung des Aktionsrahmens der CDU.

„Bei jedem erzwungenen Wechsel geht Qualität verloren“, bedauert Lienenkämper, dass die CDU-Fraktion wegen des schlechten Abschneidens bei der Landtagswahl 2012 auf

bewährte Kräfte verzichten muss. Andererseits sei es eine große Chance, dass CDU-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet über die Reserveliste, die 2005 und 2010 nicht gezogen hat, wieder im Parlament sitzen. „Ein ganzer Bezirk wurde damals nicht im Parlament repräsentiert.“

Nach achtjähriger Parlamentserfahrung weiß Lienenkämper, welche Hilfestellungen insbesondere für neue Abgeordnetenkollegen wichtig sind. Und wie das Verhältnis zu den politischen Mitbewerbern ist. „Da kennt jeder seine Aufgaben“, beschreibt er das Zusammenwirken in der Runde der fünf Parlamentarischen Geschäftsführer, in der übrigens keine Vertretung erlaubt ist. Es gebe ein „professionelles Verhältnis“ untereinander – schließlich wisse jede(r), welche Rolle auszufüllen sei.

Und was ist die „Marke Lienenkämper“? „Im Leben trifft man sich nicht nur zwei Mal“, lautet sein Grundsatz. Er sieht sich als Politiker, der unterschiedliche Standpunkte zusammenführen kann und dabei gesellig und jovial agiert. Es müsse eine Diskussionskultur geben, aus der man nach einer Niederlage ohne Gesichtverlust in eine neue Auseinandersetzung gehen kann. In Sachfragen hart, im Umgang kollegial – das ist der Stil, den der Rheinländer bevorzugt. „Wir arbeiten alle für das gleiche Land und die gleichen Menschen“, betont der Christdemokrat die Bedeutung gemeinsamen Handelns. „Kein Problem kann so groß sein, dass man sich dafür die Köpfe einschlägt.“

Diese Einschätzung überrascht nicht, denn der 44-Jährige liebt die Ästhetik. Die habe Vorrang vor Schnelligkeit. Das bezieht er auch auf die Leidenschaft, schöne und schnelle Sportwagen zu fahren. Da ist Lienenkämper Genießer, denn als Schrauber legt er selbst keine Hand an schöne Autos. Man muss die eigenen Grenzen kennen.

Robert Vornholt

Moderator, Motivator oder Mediator? Als Parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) der CDU-Landtagsfraktion muss Lutz Lienenkämper gleich mehrere Rollen ausfüllen. „Mein Ziel ist es, zusammenzuführen. Jeder Fraktionsabgeordnete soll sich wiederfinden können“, beschreibt der 44-Jährige seine Hauptaufgabe. Die 67 CDU-Abgeordneten bildeten ein „individualistisches Kollektiv“ im Parlament, das eine schlagkräftige Einheit sein müsse, befindet der PGF.

In dieser Funktion hat er nicht nur die Einzelinteressen der Fraktionsmitglieder mit den Aufgaben der größten Oppositionsgruppe auf einen Nenner zu bringen: Als Parlamentarischer Geschäftsführer interpretiert er die Rolle der gewählten Abgeordneten frei, will deren Spielraum nicht gravierend einengen. In seiner Funktion sei er dem Parlamentarismus besonders verbunden, erläutert er sein Selbstverständnis. Moderierend und motivierend sei

25 Jahre Landtag am Rhein – 25 Jahre politische Arbeit

Einblick in die Arbeit der nordrhein-westfälischen Abgeordneten liefert eine Chronik, die das Vierteljahrhundert von 1988 bis heute umfasst. Sie skizziert politische und parlamentarische Ereignisse, die im neuen Landtag am Rhein stattfanden und erscheint damit pünktlich zur Festveranstaltung am 11. Oktober 2013. Immerhin hat sich in diesen 25 Jahren die politische Landschaft mehrfach geändert: von absoluten Mehrheiten über rot-grüner zu schwarz-gelber Koalition, dann über Minderheitsregierung wieder hin zu Rot-Grün. Auch das Gebäude ist mit der Zeit gegangen: Dem transparenten, demokratisch-einladenden Grundentwurf folgend wurde der Plenarsaal

mittlerweile behindertengerecht umgestaltet, die Bürgerhalle noch einladender und freundlicher. So betont auch Landtagspräsidentin Gödecke in ihrem Vorwort, das Landtagsgebäude sei ein zeitgemäßes Symbol für die parlamentarische Demokratie. Aber es müsse eben gepflegt, gewartet und modernisiert werden. Die Chronik beschreibt die Zeit von 1988 bis 2013. Sie ist ab Mitte Oktober in der Pressestelle, Telefon (0211) 884-2851, Mail: email@landtag.nrw.de erhältlich.



Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg
Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Geburtstage

25. September bis 15. Oktober 2013

26.9. Schittges, Winfried (CDU)	67
28.9. Sommer, Torsten (PIRATEN)	42
29.9. Schulze, Svenja (SPD)	45
30.9. Scharrenbach, Ina (CDU)	37
1.10. Markert, Hans Christian (GRÜNE)	45
9.10. Gatter, Stephan (SPD)	58
9.10. Schneckenburger, Daniela (GRÜNE)	53
11.10. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)	56
12.10. Meesters, Norbert (SPD)	56
15.10. Lüders, Nadja (SPD)	43

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

26.9. Heidemann, Eva (CDU)	80
27.9. Braun, Manfred (SPD)	85
4.10. Boulboulé, Carla (fraktionslos)	70
6.10. Frey, Karl (CDU)	85

Verstorben

18.7. Dietmar Katzy (CDU), MdL 1975-1985
21.7. Werner Linkner (SPD), MdL 1979-1980 und 1984-1985
23.7. Bernhard Spellerberg (CDU), MdL 1970-1985
18.9. Friedrich Hofmann, SPD, MdL 1985-2000
3.9. Kurt Schmelter (CDU) MdL 1958-1966 und 1975-1985

Jubiläumsausstellung

Von Mittwoch, 9. Oktober, bis zum Jahresende präsentiert der Landtag seine Jubiläumsausstellung „konvex konkav komplex. Der Landtag NRW – 25 Jahre am Rhein. Offenheit und Transparenz“. Eingebettet in erläuternde Texte werden Fotos zur Baugeschichte und Impressionen zum Parlamentsneubau gezeigt. Außerdem informiert sie über die parlamentarische Arbeit in den letzten 25 Jahren.

Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Telefon (0211) 884-2129, veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Treffen & Termine

- 3.10. Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit
- 11.10. Festveranstaltung 25 Jahre Landtag am Rhein

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, haben vor der Plenarsitzung eingeladen: am 26. September 2013 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Großes Fest für die Kleinen

Feiern und Gutes tun: Beim Weltkindertag lässt sich beides gut vereinen. Traditionell lenken der Landtag Nordrhein-Westfalen, die Stadt Düsseldorf und die UNESCO einmal im Jahr mit einem großen Fest die Aufmerksamkeit auf die Anliegen der Kinder. So wurden auch jetzt neben Spiel, Spaß und Sport Informationen zum diesjährigen Motto „Chancen für Kinder“ vermittelt. Das bunte Programm auf der Rheinpromenade und im Landtag zog tausende Menschen in seinen Bann. Auch im Landtagsgebäude hatten rund 3.500 kleine wie große Gäste ihren Spaß und testeten auf der „Spielwiese Politik“ ihr politisches Wissen. Quiz, Landtagsmemory (Foto) und Glücksrad fanden ebenso großen Anklang wie die parlamentarischen Rollenspiele für Kinder im Plenarsaal.

Foto: Schälte